

Die Blockade gegen Roj TV dauert an

Die Danske Bank hat, nach dem die Satellitenübertragung durch den Druck der USA unterbrochen wurde, ihre Zusammenarbeit mit Roj TV gekündigt. Die Entscheidung des Kopenhagener Gerichts gegen Roj TV vom 10. Januar ist noch nicht rechtskräftig, aber faktisch wird schon eine Blockade vollzogen. Roj TV hat Revision eingelegt, weshalb noch keine rechtskräftige Entscheidung vorliegen kann. Dennoch haben das Unternehmen Eutelsat sowie die Danske Bank die Zusammenarbeit mit Roj TV beendet, ohne eine endgültige Entscheidung des Gerichts abzuwarten. Die Danske Bank hat Roj TV eine schriftliche Erklärung zukommen lassen, in der sie mit Bezug auf den § 114 des dänischen Strafbuchgesetzes die Zusammenarbeit mit Roj TV aufkündigte. Roj TV kritisierte die Haltung von Danske Bank scharf. Auch die Verhandlungen mit anderen Geldinstituten fielen bisher negativ aus.

Roj TV hat darauf aufmerksam gemacht, dass diese Maßnahmen gleich nach der Erklärung des US-Botschafters in Ankara ergriffen wurden. Der US-Botschafter Francis Ricciardone hat am 27. Januar in einem Gespräch mit türkischen Medienvertretern erklärt: „Roj TV schweigt, es wird alles Mögliche für die Türkei getan“, womit er die Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der USA betonte. Roj TV erklärte darauf: „Aus den Wikileaks-Dokumente geht hervor, dass die USA, Dänemark und die Türkei Roj TV rechtswidrig und aus rein politischen Motiven sanktioniert und somit die Presse- und Meinungsfreiheit verletzt haben.“ Roj TV appelliert an die dänische Regierung: „Aufgrund der Erklärung der Bank hat die dänische Regierung Kenntnis davon, aus welchem Grund die Zusammenarbeit mit Roj TV beendet worden ist. Diese Handlungen belegen, dass die

Entscheidung des Gerichts nicht anerkannt wird. Die Umsetzung der Entscheidung des Kopenhagener Stadtgerichts wird durch den dänischen Staat verhindert. Wir rufen daher die dänischen Medien, die Öffentlichkeit und die Bevölkerung zur Solidarität auf.“ Ab dem 23. Januar hat der französische Satellitenbetreiber Eutelsat die Übertragung von Roj TV über die Satelliten vollständig unterbrochen. Nach dem die Übertragung dann über Intelsat 1 W fortgeführt werden konnte, wurde auch diese Übertragung nach einem Tag aufgrund des Drucks der USA unterbrochen. Die Übertragung von Roj TV wird seitdem über das Internet fortgeführt. Roj TV hat eine Klage gegen Eutelsat eingereicht. Die Anhörung hat am 2. Februar vor dem Verwaltungsgericht stattgefunden. Eine Entscheidung wird für den 10. Februar erwartet. (ANF, 1./2.2., ISKU)

Paul Austers Antwort auf Erdoğan

Auf die Erklärung von Paul Auster, dass er die Türkei nicht besuchen will (siehe Nûçe Nr. 552), da dort dutzende JournalistInnen inhaftiert sind, hat Erdoğan äußerst harsch geantwortet und ihn als „Unwissenden“ bezeichnet. Auster hat hierauf nun geantwortet. Paul Auster wurde bei der erweiterten Versammlung der AKP-Bezirksvorstände zum Ziel der Wutausbrüche Erdogans, da er im Rahmen eines Interviews für sein neues Buch „Winter Journal“ mit der türkischen Tageszeitung Hürriyet erklärt hatte, dass er aus Protest wegen der inhaftierten JournalistInnen nicht gedenkt, die Türkei zu besuchen. Der Ministerpräsident Erdoğan hat bei der Versammlung gesagt: „Er will die Türkei aufgrund der inhaftierten JournalistInnen nicht besuchen. Auch nach China reiste dieser Mann nicht. Wie dem auch sei! Glaubst du etwa, dass wir dich nötig haben. Ob du kommst oder nicht, was würde sich denn ändern? Und Kılıçdaroglu [Vorsitzender der

CHP] widmet sich diesem Mann und nimmt ihn in Schutz. Denn dieser meint, ‚er sehe Dinge, die andere nicht wahr nehmen‘. Der Kochtopf ist umgekippt und Auster hat wohl den Deckel wieder gefunden. Dieser Schriftsteller ist 2010 nach Israel gereist. Angeblich soll Israel ein demokratisches und säkulares Land sein, indem grenzlose Menschen- und Freiheitsrechte gewährleistet sind. Was bist du denn für ein unwissender Mann. Israel ist ein von der Religion durchtränkter Staat. Sind sie es nicht, die Bomben auf Gaza herabregnen lassen? Natürlich werden sie das nicht erkennen, da nicht einmal unser Kılıçdaroglu diese Dinge sieht. Zu der diesjährigen Schriftstellerkonferenz werden wohl Auster und Kılıçdaroglu gemeinsam gehen.“ Nach Erdogans scharfer Rede gab der weltberühmte Schriftsteller eine Erklärung ab und verteidigte seine Position und die Bedeutung der Meinungsfreiheit: „Der Ministerpräsident kann über Israel denken was er will, Fakt ist aber,

dass es in Israel Meinungsfreiheit gibt, denn hier ist nicht ein einziger/r JournalistIn oder SchriftstellerIn inhaftiert. Laut der internationalen Schriftstellervereinigung PEN sind in der Türkei etwas mehr als 100 SchriftstellerInnen inhaftiert. Hierbei rede ich erst gar nicht von den unabhängigen JournalistInnen und Verlegern wie Ragıp Zarakolu, deren Verfahren die PEN in aller Welt aufmerksam verfolgt. Verehrter Ministerpräsident, ich stamme aus den Vereinigten Staaten von Amerika, und eingeschlossen ihrer Türkei sind alle Länder negativ belastet und ringen mit Zehntausenden von Problemen. Ich bin daher der Überzeugung, dass die Menschen frei reden und schreiben können müssen, ohne dabei von Zensur und Haft bedroht zu werden, da nur dieses dazu beitragen wird, dass sich die Lage in unseren Ländern verbessern wird. Dieses Recht auf freie Meinungsäußerung ist ein heiliges Recht für alle Männern und Frauen in allen Ländern.“ (Ra, 2.2., ISKU)

Meldungen:

HPG: Die Explosion in Colemêrg war das schmutzige Spiel der Polizei
Das Hauptquartier der Volksverteidigungskräfte HPG hat schriftlich nochmals Bezug auf die Explosion in Colemêrg (Hakkari) genommen. In der Erklärung heißt es: „Wir hatten bereits in der Vergangenheit erklärt, dass wir mit Explosion in Colemêrg (Hakkari) vom 19. Januar dieses Jahres, bei der ein Jugendlicher sein Leben verlor, nichts zu tun haben. Dennoch halten die Versuche an, uns diese Explosion in die Schuhe zu schieben. Daher wenden wir uns noch einmal an die Öffentlichkeit, um ihnen mitzuteilen, dass wir mit dieser Explosion nichts zu tun haben. Die Versuche, uns dafür verantwortlich zu erklären, sind ein schmutziges Spiel der Polizeikräfte. Wir halten es für wichtig, dass unsere Bevölkerung und die Öffentlichkeit sich dessen bewusst sind.“ (ANF, 4.2., ISKU)

Haftstrafe gegen ehemaligen Bürgermeister wegen Interview in Los Angeles Times
Der ehemalige Bürgermeister von Êlih (Batman) Hüseyin Kalkan wurde von der Strafkammer Diyarbakir zu 10 Monaten Haft verurteilt. Kalkan wurde vorgeworfen, in einem Interview mit der Los Angeles Times 2006 für die PKK Propaganda betrieben zu haben. Hüseyin Kalkan wurde im Rahmen der sogenannten KCK-Operationen festgenommen. (ANF, 2.2., ISKU)

Eine sehr seltsame Festnahme
In Mersin wurde der 16jährige Halil K. mit der Behauptung festgenommen, er habe am 9. Oktober 2011 Protestaktionen organisiert und daran teilgenommen. Der Anwalt von K. berichtete gegenüber ANF, dass er eine Bescheinigung vom Pozantikinder-Gefängnis vorliegen habe, dass sein Mandant zu dieser Zeit dort eingesperrt habe. Der Anwalt fordert die sofortige Freilassung seines Mandanten. (ANF, 2.2., ISKU)

90 Jahre Haft gegen drei Jugendliche gefordert
Ferhat A. (17), Özgür İ. (16) und Hasan D. (17) sind im August 2011 festgenommen worden, weil sie angeblich an „illegalen Protestaktionen“ teilgenommen und „für die Bewegung“ Parolen gerufen haben sollen. Das Gerichtsverfahren gegen

Kurdische und internationale Linke trafen sich am Wochenende zu einer Alternativenkonferenz in Hamburg

Wider die kapitalistische Moderne

Die kapitalistische Moderne herausfordern – Alternative Konzepte und der kurdische Aufbruch« war das Motto der Konferenz, die am Wochenende in denn Räumen der Universität Hamburg stattfand. Eingeladen hatten die Informationsstelle Kurdistan (ISKU), der Verband der Studierenden aus Kurdistan (YKK), die Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan« und weitere Nichtregierungsorganisationen. In Foren wie »Kapitalismus als Zivilisationskrise«, »Der Mittlere Osten jenseits der Nationalstaaten« oder »Ein neues Paradigma: Demokratische Moderne« referierten Wissenschaftler und aktive Politiker aus allen Kontinenten. Intensiv diskutiert wurde über basisdemokratische Gesellschaftsmodelle jenseits kapitalistischer Verwertungsmechanismen, kolonialistischer Ausbeutung und Krieg sowie die Entwicklung der kurdischen Bewegung jenseits von Staat, Macht und Gewalt. »Der schwerste Teil einer Revolution beginnt erst nach der Überwindung der Unterdrückung«, sagte Solly Mapailla von der Kommunistischen Partei Südafrikas SACP, die im Afrikanischen Nationalkongress (ANC) vertreten ist. Er berichtete über Erfahrungen im Widerstand gegen das Apartheid-Regime. »Wir nennen den Zeitpunkt der Überwindung der Apartheid den Beginn des

demokratischen Aufbruchs.« Seine Solidarität gelte denjenigen, »die seit Jahrzehnten in Kurdistan unter Einsatz ihrer Freiheit und ihres Lebens für die Menschenrechte und Freiheit kämpfen«, so Mapailla, rief zu einer Gedenkminute für die gefallenen Guerillas und Zivilisten auf. Der in Indien lebende Anthropologe Dr. Felix Padel verglich die weltweiten Strategien von Ausbeutung und Unterdrückung: »Die Rüstungsindustrie profitiert in vielen Fällen am stärksten davon, daß basisdemokratische Bewegungen oder indigene Bevölkerungsgruppen vertrieben oder bekämpft werden«. Die Autorin des Buches »Der libertäre Kommunalismus«, Janet Biehl, wünschte »der kurdischen Bewegung von ganzem Herzen, daß sie in ihrem Kampf um die Menschenrechte sowie eine befreite Gesellschaft Erfolg hat«. Mehrere kurdische Politiker, darunter die Sprecherin des Kampagnenkomitees der kurdischen Frauenbewegung in Europa, Fadile Yildirim, sowie Muzzafer Ayata, der 20 Jahre in der Türkei inhaftiert war, skizzierten die bisherige Entwicklung der kurdischen Bewegung. Deutlich wurde dabei die zentrale Bedeutung der Frauenbewegung in einem dynamischen Prozeß, der auf ein kommunales Rätssystem jenseits von autoritären Staats-

modellen ausgerichtet ist. Die Vorsitzende der Partei für Frieden und Demokratie (BDP), Gülten Kisanak, bekräftigte den Willen der Bewegung, trotz massiver Repression patriarchale und kapitalistische Unterdrückung zu überwinden. Unter großem Beifall sagte sie: »Es ist Zeit jetzt zu handeln. Wartet nicht auf morgen, die Freiheit ist nah, wenn ihr wollt, daß sie nah ist.« Die türkische Regierungspartei AKP hat nach Einschätzung vieler Diskussionsteilnehmer einen Modellcharakter für die kolonialistische Neuordnung des Mittleren Ostens, wie sie von den herrschenden Eliten der USA und der EU gewünscht werde. Die AKP-Ideologie werde als moderner Islam verklärt, während die Bewegung des Predigers Fethullah Gülen, die weite Teile der türkischen Eliten durchsetzt, zur Vernichtung von rund einer Million politisch aktiver Kurden aufufe. Ende Dezember tötete das Militär im Dorf Roboski in der kurdischen Provinz Sirnak bewußt 34 Zivilisten. Die Fälle von Folter, extralegalen Hinrichtungen sowie Berichte über Chemiewaffeneinsätze häufen sich seit 2009, mehr als 6000 Oppositionelle, darunter sechs Parlamentarier und 16 Bürgermeister wurden seither festgenommen worden. (jW, 7.2., ISKU)

Kurdischer Freiheitsmarsch in Europa

Seit dem 31. Januar 2012 organisiert die Konföderation der kurdischen Vereine in Europa (KON-KURD) einen Friedens- und Freiheitsmarsch in Europa mit dem Slogan und unter dem Motto "Wir sind auf der Strafe für unsere Existenz und unsere Freiheit!". Der Protest richtet

sich u.a. gegen die unmenschlichen Haftbedingungen des kurdischen Politikern und Wegweisers der Freiheitsbewegung Kurdistans, Herrn Abdullah Öcalan, der eine Schlüsselfigur zur Lösung der Kurdenfrage ist. Der lange Marsch für die Freiheit begann am Sitz der Vereinten

Nationen UN in Genf und wird am 18. Februar in Straßburg enden. Tägliche Berichte über den Marsch, Bilder, Interviews und weitere Informationen dazu sind auf der Webseite der Kampagne zu finden: kurdishfreedommarch.wordpress.com

Türkei/Nordkurdistan: Wieder dutzende Festnahmen

Am 4. Februar hat das AKP-Regime mit dem Vorwurf der KCK-Mitgliedschaft wieder dutzende Menschen festgenommen, darunter VertreterInnen der BDP, zivilgesellschaftlicher Organisationen, kurdischer Medien und linke Oppositionelle. Allein in Êlih (Batman) beläuft sich die Zahl der Festnahmen auf über 40. Zudem kam es in Mûş, Bedlis (Bitlis) und Izmir zu Razzien. Unter den Festgenommenen in Êlih befindet sich auch der bevollmächtigte Bürgermeister Serhat Temel. Dieser musste das Amt des Bürgermeisters übernehmen, nach dem der gewähl-

te Bürgermeister von Êlih, Nejedet Atalay, bereits im Jahr 2009 im Rahmen der KCK-Operationen festgenommen worden war und weiterhin hinter Gittern sitzt. Weiteres Ziel der Festnahmen waren neben den Mitgliedern der BDP unter anderem Mitglieder von Gewerkschaften wie der Lehrgewerkschaft Eđitim-Sen und zivilgesellschaftlicher Organisationen wie Meya-Der oder des Frauenvereins Selis. Auch waren wieder Pressemitbeiter Ziel der Festnahmen. In Êlih wurde eine Mitarbeiterin der Nachrichtenagentur DIHA

und in Bursa ein Arbeiter der kurdischsprachigen Tageszeitung Azadiya Welat festgenommen. In Mûş wurde die Frauenverantwortliche der BDP festgenommen und in Bedlis waren ebenfalls zwei Mitglieder der BDP Ziel der Festnahmen. In Izmir hingegen wurden auf Befehl der Staatsanwaltschaft elf Mitglieder der sozialistischen Partei ESP festgenommen. Mit den letzten Festnahmen wurden nun allein seit dem 10. Dezember 2011 mindestens 567 Menschen im Rahmen der sog. KCK-Operationen festgenommen. (ANF, 4.2., ISKU)

die Jugendlichen läuft vor dem 2. Kindergericht in Mersin. Für die Jugendlichen wird jeweils eine 30jährige Haftstrafe gefordert, die sich zusammensetzt aus: 3 Jahre wegen Widerstand gegen Beamte, wegen Schaden an Eigentum 3 Jahre, wegen Verstoß gegen das Demonstrationsrecht ebenfalls 3 Jahre, wegen Schaden an Volkseigentum 12 Jahre, Propaganda für die Bewegung 3 Jahre, Gründung einer Organisation um Straftaten zu begehen 6 Jahre. Die Familienangehörigen sind über die Forderungen der Staatsanwaltschaft schockiert, da die Höhe der geforderten Strafen annähernd doppelt so hoch liegen wie das Alter der Jugendlichen. (ANF, 8.2., ISKU)

Riha: Weitere Festnahmen von Journalisten

In Riha (Urfa) wurden die Mitarbeiter von Azadiya Welat, Mahmut Tutal und Abdulbeşir Yapici und der Leiter von KURDÎ-DER von Riha, Ibrahim Halil Donan festgenommen. Den Festgenommenen wird vorgeworfen, sich an einer Aktion in Halfeti am 4. April 2011 (Geburtstag von Abdullah Öcalan) beteiligt und für die Bewegung Propaganda betrieben zu haben. Mit der Festnahme von Tutal und Yapici sind jetzt 106 JournalistInnen in der Türkei inhaftiert. (ANF, 8.2., ISKU)

Hausdurchsuchungen in Colemêrg: 29 Festnahmen

Am frühen Morgen des 7. Februar wurden im Zentrum von Colemêrg (Hakkari) mehrere Häuser durchsucht. Bei den Durchsuchungen wurden 17 Personen festgenommen, unter ihnen befinden sich auch 3 Jugendliche. Alle Festgenommenen wurden zum Polizeipräsidium von Colemêrg gebracht. Schon gestern Abend wurden in Talê, einem Dorf in Provinz Colemêrg, 12 Dorfbewohner festgenommen. Sie werden bei der Gendarmerie im Zentrum von Colemêrg weiterhin festgehalten. (ANF, 7.2., ISKU)

Quellen:

ANF Firat
 Nachrichtenagentur
Ra Radikal
jW junge Welt

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org